Beschlussvorlage
Av/001/2021

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Kulturausschuss	09.07.2021	öffentlich	Bericht
Kulturausschuss	08.10.2021	öffentlich	Beschluss

Betreff:

50 Jahre Eingemeindung
hier: Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 25.05.2020

Anlagen:
01_CSU-Antrag vom 25.05.2020 (AN/142/2020)
02_Konzept_Eingemeindungen

Sachverhalt (kurz):
Zum 01.07.1972 trat die kommunale Gebietsreform in Bayern in Kraft. Mit den Zugewinnen im Norden (Boxdorf, Großgründlach, Neunhof), Süden (Katzwang, Worzeldorf, Kornburg, Ortsteil Holzheim, vorher bei Wolkersdorf) und Osten (Brunn, Fischbach, Ortsteil Freilandsiedlung, vorher bei Schwaig) hatte Nürnberg nun 514.000 Bürgerinnen und Bürger. Für die neuen Stadtteile und vormals selbständigen Gemeinden war dieser Prozess jedoch zwiespältig: teils schnell spürbare infrastrukturelle Gewinne mochten die eigene Identität oft nicht in der gleichen Weise stützen wie die verlorene Selbständigkeit.
2012 und 2020 beantragte die CSU-Fraktion im Stadtrat, die Situation der 1972 eingemeindeten Stadtteile zu evaluieren, insbesondere hinsichtlich der Einlösung von Zusagen aus den Eingemeindungsverträgen sowie der historischen Dimension des Eingemeindungsvorgangs. Hierzu hat Av unter Einbezug der Perspektive der betroffenen Bürgervereine ein Konzept für die Würdigung und Evaluation der Eingemeindungen, die Erarbeitung von Vorschlägen für eine angemessene Veranstaltungsreihe in und für die betroffenen Stadtgebiete in Abstimmung mit den Bürger- und Vorstadtvereinen sowie für die Findung von Kooperationspartnern für eine angemessene wissenschaftliche und historische Dokumentation erstellt, das bis in das Jahr 2028 reicht.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☒ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Gegebenenfalls werden zusätzliche Mittel zur Finanzierung einer Mitarbeiterin benötigt. Die derzeitige Stellenfinanzierung läuft zum 31.12.2021 aus.

(→ *weiter bei 2.*)

☐ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft	☐ nur für einen begrenzten Zeitraum
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☒ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☐ Nein

☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die Beteiligung der Bevölkerung in den Stadtteilen erstreckt sich prinzipiell auf alle Gruppen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☒ **BgA**

☒ **BA/NOS**

☐

Beschlussvorschlag:
Der Kulturausschuss befürwortet das von Av zur Würdigung der Eingemeindungen ausgearbeitete Konzept. Die Verwaltung sucht hierzu Möglichkeiten zur Finanzierung bzw. Weiterbeschäftigung der ParMi-Mitarbeiterin (Partizipative Ansätze und Migration, Av).